

Frank-Walter Steinmeier

## Bundespräsident fordert Pflichtdienst für alle jungen Menschen

Eine soziale Pflichtzeit könne Demokratie und Zusammenhalt stärken, meint Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Die Wehrpflicht solle aber nicht zurückkehren.

Aktualisiert am 12. Juni 2022, 10:55 Uhr ⓘ / Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, jap / [1.168 Kommentare](#) /

[ARTIKEL HÖREN](#)



*Eine Pflichtzeit müsse nicht automatisch ein Pflichtjahr sein, sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. © John MacDougall/AFP/Getty Images*

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier [<https://www.zeit.de/thema/frank-walter-steinmeier>] spricht sich für die Einführung eines Pflichtdiensts [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/bundeswehr-allgemeine-dienstpflicht-debatte?page=34>] für alle jungen Menschen in Deutschland aus. "Gerade jetzt, in einer Zeit, in der das Verständnis für andere Lebensentwürfe und Meinungen abnimmt, kann eine soziale Pflichtzeit besonders wertvoll sein. Man kommt raus aus der eigenen Blase, trifft ganz andere Menschen, hilft Bürgern in Notlagen. Das baut Vorurteile ab und stärkt den Gemeinsinn", sagte Steinmeier der *Bild am Sonntag*.

Wie lange ein solcher Dienst dauern soll, ließ Steinmeier offen: "Ich habe bewusst Pflichtzeit gesagt, denn es muss kein Jahr sein", sagte der Bundespräsident. Es gehe nicht um einen möglichst langen Zeitraum, sondern generell um die Frage, "ob es unserem Land nicht guttun würde, wenn sich

Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen".

Geleistet werden sollte die Pflichtzeit nach Steinmeiers Vorstellung bei der Betreuung von Senioren, in Behinderteneinrichtungen, in Obdachlosenunterkünften oder anderen sozialen Einrichtungen – oder bei der Bundeswehr [<https://www.zeit.de/thema/bundeswehr>]. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht hält Steinmeier hingegen nicht für sinnvoll: "Wir haben jetzt eine Bundeswehr mit ganz anderen Strukturen. Ich rate davon ab, die alte Debatte über die Wehrpflicht neu aufzulegen."

Mit einer allgemeineren Pflichtzeit jedoch könne die Demokratie und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Er erlebe gerade "ein wachsendes Verständnis dafür, dass sich Menschen eine gewisse Zeit für die Gemeinschaft einsetzen, dass sie sich engagieren", sagte Steinmeier. Die Politik solle dieses Bewusstsein aufnehmen: "Ich weiß, dass es nicht einfach werden wird, aber ich wünsche mir, dass wir eine Debatte über eine soziale Pflichtzeit führen."

## **Paus wirbt für Entscheidungsfreiheit**

Bundesfamilienministerin Lisa Paus [<https://www.zeit.de/thema/lisa-paus>] kann dem Vorstoß des Bundespräsidenten nichts abgewinnen. "Ein sozialer Pflichtdienst würde einen Eingriff in die individuelle Freiheit eines jeden Jugendlichen bedeuten", sagte die Grünenpolitikerin. "Wir sollten unsere jungen Menschen, die unter der Corona-Pandemie besonders gelitten und sich trotzdem solidarisch mit den Älteren gezeigt haben, weiterhin die Freiheit zur eigenen Entscheidung lassen."

Paus unterstrich zugleich, dass die verschiedenen Programme für Freiwilligendienste bei Jugendlichen sehr beliebt seien. "Viele junge Menschen nutzen dieses Angebot und engagieren sich, meist im sozialen oder ökologischen Bereich." Für den Einzelnen sei dies eine persönliche Bereicherung und für die Gesellschaft "eine wichtige Unterstützung". Die jungen Leute engagierten sich freiwillig und seien "mit Herzblut bei der Sache", lobte Paus.

STARTSEITE › [<https://www.zeit.de/index>]